

losigkeit und Krieg. Während es immer weniger Arbeitsplatzsicherheit gibt, die Arbeitsbedingungen immer schlechter werden und die Reallöhne sinken, stellt sich die Bundeswehr als attraktiver Arbeitgeber dar und tritt in Schulen, auf Messen und in sozialen Medien auf. Sie lockt mit Technik-Faszination und Studien- und Ausbildungsplätzen. Das muss aufhören! Die Jugend soll nicht im Krieg verheizt werden! Deshalb fordern wir:

● **Bildung statt Bomben. Kein Werben fürs Sterben! Mehr zivile Ausbildungsplätze und bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen!**

Geht mit uns auf die Straße für Abrüstung und gegen Kriegsvorbereitung, für weltweite soziale Gerechtigkeit, für Solidarität mit denen, die vor Krieg, Hunger und der Zerstörung ihrer Heimatländer fliehen, und für einen demokratischen, sozialen und ökologischen Umbau, um die Natur und das Klima zu retten.

Engagiert Euch – werdet aktiv, denn Friedenspolitik, Abrüstung und consequenten Klimaschutz wird es nur durch wachsenden gesellschaftlichen Druck und eine starke außerparlamentarische Bewegung geben.

Kommt zur Demonstration am Samstag, den 19. Februar 2022 um 13 Uhr in München am Stachus

AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ

AUSSTELLUNG

1. bis 28. Februar 2022
im **EineWeltHaus** Foyer
Krieg-Kapitalmacht-Krisen

mit dem Zeichenstift entlarvt von Bernd Bücking
VERNISSAGE am 2. Februar 2022 um 19:00 Uhr

Veranstalter: **Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus** und **isw** – sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. in Kooperation mit dem EWH-Trägerverein e.V.



Aufruf-Unterzeichner-Organisationen – bis zum 26.12.2021

Aktion Freiheit statt Angst e.V., Berlin ● Arbeitergeschwister Berchtesgadener Land ● Arbeitergeschwister München ● Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit (AKS) München ● Attac-Augsburg ● AFI – Augsburger Friedensinitiative ● BIFA – Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung ● BürgerInnen gegen den Krieg im Landkreis Ebersberg ● Deutsche Freidenkerband München ● Deutscher Friedensrat e.V., Berlin ● DFG-VK, Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen, Augsburg ● DFG-VK Bochum/Herne ● DFG-VK Gruppe Erlangen-Oberfranken ● die „anticapitalistas“ linke songgruppe ● Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Parteivorstand ● Extinction Rebellion München ● Feministische Partei DIE FRAUEN ● Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Gruppe Südbayern ● Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V., Frankfurt ● Friedensbündnis Gera ● Friedensinitiative Bad Tölz-Wolfratshausen ● Friedensplenum Bochum ● Friedensplenum-Antikriegsbündnis Tübingen ● Fürther Friedensforum ● Fürther Sozialforum ● Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e. V. ● Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg ● IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit ● IMI – Informationsstelle Militarisation, Tübingen ● Initiative Bündnis für die Zukunft, Hannover ● Initiative: Kein Militär mehr!, Hannover ● Internationales Netzwerk No to war – no to Nato ● ISO – Internationale Sozialistische Organisation, München ● LabourNet Germany ● MAPC – Munich American Peace Committee ● Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus ● Münchner Friedensbündnis ● NaturFreunde Berlin ● NatWiss NaturwissenschaftlerInnen-Initiative Verantwortung für Frieden ● Nord Süd Forum München e.V. ● Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit, München ● Rockkabarett Die Ruam, Regensburg ● Münchner Sicherheitskonferenz verändern e.V. ● Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) ● Verband der Motorradclubs Kuhle Wampe ● VVN/BdA – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bochum ● VVN/BdA Kreisvereinigung oldenburg/wesermarsch ● Westfälische Friedensinitiative, Hannover

Alle Organisationen und Einzelpersonen, die unseren Aufruf unterstützen, finden Sie aktualisiert auf unseren Websites: www.antisiko.de und www.sicherheitskonferenz.de

MÜNCHNER FRIEDENSKONFERENZ

Freitag, 18.02.2022

19.00 Uhr **Altes Rathaus**, Marienplatz

PRÄSENZ- UND ONLINE-VERANSTALTUNG

Die Uhr tickt

Abwendbare Katastrophen: Erderwärmung & Atomkrieg
Statt Nukleare Teilhabe Deutschlands – Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag.

Für eine neue Friedens- Entspannungspolitik

Samstag, 19.02.2022

ab 19.00 Uhr, Fortsetzung: **Münchner Kammerspiele**

Das aktualisierte PROGRAMM finden Sie unter:

www.friedenskonferenz.info/

Sa, 19.02.'22 gegen den Rüstungswahnsinn

13⁰⁰ Uhr Auftaktkundgebung am Stachus

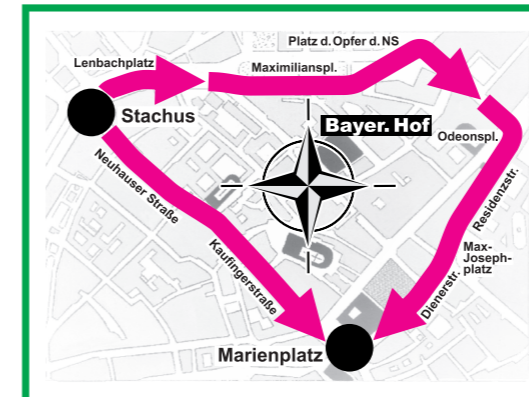
14⁰⁰ Uhr DEMONSTRATION & PROTESTKETTE

15⁰⁰ Uhr Schlusskundgebung Marienplatz

Details zum Programmablauf entnehmen Sie bitte unseren Websites:

www.sicherheitskonferenz.de
www.antisiko.de

UMZINGELUNG DES TAGUNGSHOTELS DER NATO-KRIEGSSTRATEGEN



Unterzeichnen Sie bitte umseitigen Aufruf:

Webformular: sicherheitskonferenz.de/Aufruf-unterstuetzen
oder per Fax einsenden an: 089 - 168 94 15

In jedem Fall bitte den Namen / Organisation, E-Mail-Adresse, Ort und Beruf angeben! Die Unterstützerliste wird online aktualisiert.

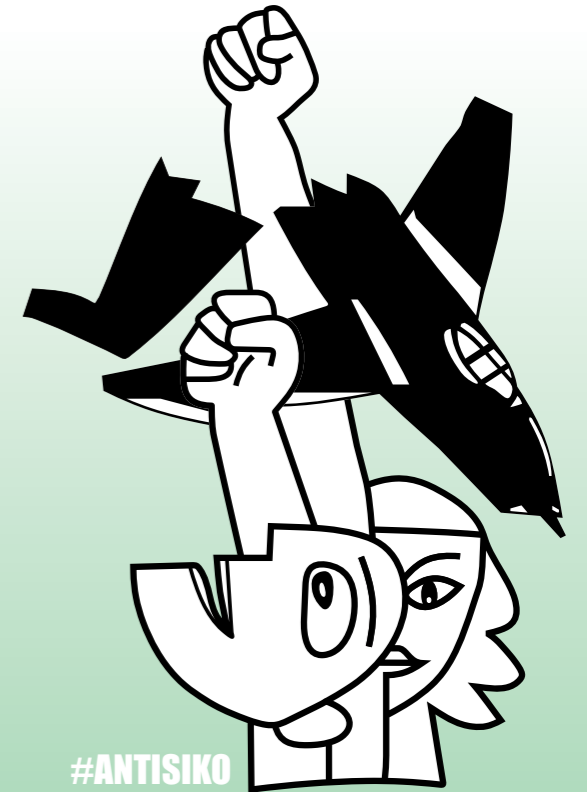
Und unterstützen Sie die Antisiko-Aktionen!

Die Protest-Aktionen, die wir jährlich organisieren, kosten viel Geld. Lautsprecheranlagen, Plakate und Flugblätter wie dieses müssen bezahlt werden. Spendet also großzügig nach persönlichem Vermögen!

BÜNDNISKONTO Claus Schreer
IBAN: DE44 7001 0080 0348 3358 09
BIC: PBNKDEFF – Stichwort: „SIKO 2022“

Herausgegeben 2022 vom Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Claus Schreer, Johann-von-Werth-Str. 3
80369 M., Eigendruck i. Selbstverl., Titelgrafik: Thomas J. Richter, Gestaltung: Wob

STOPPT DEN KRIEGSKURS DER NATO-STAATEN



ANTI SIKO DEMO **SA, 19. FEB. MÜNCHEN 2022**
13⁰⁰ STACHUS UMZINGELUNG
des Tagungsortes der NATO-Kriegs-Strategen

Aufruf zu den Protesten gegen die Münchner Sicherheitskonferenz

STOPPT DEN KRIEGSKURS DER NATO-STAATEN

Afghanistan lehrt aufs neu: Nie wieder Krieg – das war und ist die richtige Losung

Der Krieg der NATO in Afghanistan hat hunderttausende Menschen das Leben gekostet, ein verwüstetes und verarmtes Land hinterlassen und gleichzeitig den Terrorismus weiter befördert.

Statt die richtigen Konsequenzen zu ziehen und in Zukunft auf Militärinterventionen zu verzichten, fordern führende deutsche und europäische Politiker*innen, die militärischen Fähigkeiten der EU weiter voranzutreiben, um zukünftig – auch unabhängig von den USA – militärisch handlungsfähig zu sein. Auf der kommenden „Münchner Sicherheitskonferenz“ soll das der zentrale Themen-Schwerpunkt sein.

Auf der Münchner „Sicherheitskonferenz“ (SIKO) geht es nicht um Sicherheit

Auf der SIKO, die vom 18. bis 20. Februar 2022 stattfindet, versammeln sich Staats- und Regierungschefs sowie Politiker*innen – vorwiegend aus den NATO-Staaten – mit Spitzenmilitärs, mit Vertreter*innen von Großkonzernen, u.a. der Rüstungsindustrie, und Geheimdiensten. Ihnen geht es nicht um die Sicherheit der Menschen, weder hier noch anderswo auf der Welt. Ihnen geht es um die Sicherung der strategischen Vormachtstellung westlicher kapitalistischer Staaten und ihrer Konzerne. Die „SIKO“ dient vor allem als Werbeplattform der NATO, aktuell der Strategie 2030, sowie der Rechtfertigung von Milliarden Rüstungsausgaben Deutschlands und der EU und ihrer Kriegseinsätze, die sie der Bevölkerung als „Friedensmissionen“ verkaufen.

Die neue Bundesregierung: Neue Farben – alte Politik

Die Militär- und Rüstungsausgaben Deutschlands wurden in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt. Die neue Ampel-Koalition will entsprechend der „Außenpolitischen Empfehlungen“ der SIKO-Veranstalter diesen Aufrüstungskurs fortzusetzen. Sie will die Militärausgaben weiter erhöhen, bewaffnete Kampfdrohnen für die Bundeswehr anschaffen, an der Stationierung der US-Atomwaffen in Deutschland festhalten und für den Einsatz durch die Bundeswehr neue Atomwaffen-Trägerflugzeuge für 8 Mrd. Dollar in den USA einkaufen. Zudem soll die militärische Aufrüstung der EU weiter vorangetrieben werden.

Die zunehmende Militarisierung Deutschlands und der EU dient nicht dem Frieden, ebensowenig wie der brandgefährliche Konfrontationskurs, die Kriegsrhetorik und Kriegsmanöver gegen Russland und die VR China, die jederzeit militärisch eskalieren und zum Krieg zwischen den Atommächten führen können.

● **Diese Politik der Konfrontation muss beendet werden. Frieden in Europa und auf der Welt kann es nur mit und nicht gegen Russland und China geben. Statt gewaltsamer Durchsetzung von Großmacht- und Vorherrschaftsinteressen wären Abrüstung und internationale Zusammenarbeit das Gebot der Stunde.**

Wir kämpfen für Abrüstung und um eine Politik der Entspannung

Weltweit erreichten die Militärausgaben 2020 die astronomische Summe von 2.000 Mrd. Dollar. Davon entfallen allein 1.100 Mrd. Dollar auf die NATO-Staaten. Das sind 18 mal soviel wie die Ausgaben Russlands und 4 mal soviel wie die Chinas. Ein Bruchteil dieser Milliarden würde ausreichen, um den weltweiten Hunger zu beenden, allen Menschen medizinische Versorgung und den Zugang zu Bildung zu ermöglichen.

Die gegenwärtigen und zukünftigen Krisen können nicht mit immer größeren Waffenarsenalen, nicht durch kapitalistische Konkurrenz und nicht durch Großmachtrivalität gelöst werden.

Für die größte Herausforderung unserer Zeit, die Klimakatastrophe aufzuhalten, sind Investitionen in Billionenhöhe nötig. Doch das dringend benötigte Geld wird für die klimaschädliche militärische Aufrüstung verschleudert. Selbst die völlig unzureichenden Hilfszusagen von jährlich 100 Mrd. \$ für die armen Länder des Südens werden nicht eingehalten. So wird das 1,5 Grad Ziel nicht erreicht.

Wir fordern:

● **Abrüsten statt Aufrüsten! Statt Milliarden für Aufrüstung und Kriegsvorbereitung zu verschleudern, müssen unsere Steuergelder in die Sozialsysteme, das Gesundheits- und Bildungswesen und in den Klimaschutz investiert werden.**

● **Wir fordern die Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr, den Austritt Deutschlands aus dem NATO-Kriegsbündnis und allen Militärstrukturen der EU. Keine Beteiligung an den Aufrüstungsprojekten der EU. Keine Anschaffung bewaffneter Drohnen.**

● **Die deutsche Beihilfe zu völkerrechtswidrigen Angriffskriegen und zum illegalen Drohnenkrieg, der über die US-Airbase Ramstein geführt wird, muss aufhören. Alle US- und NATO-Truppenstützpunkte in Deutschland und alle Kommandozentralen der USA und NATO müssen geschlossen werden.**

● **Schluss mit der Beteiligung an der Atomkriegsstrategie der USA. Keine Anschaffung von US-Kampfflugzeugen für den Einsatz der hier stationierten Atomwaffen. Die Bundesregierung muss dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitreten und die Stationierung der US-Atomwaffen in Büchel aufkündigen.**

Deutsche Rüstungsexporte stoppen

Deutschland liegt bei den Rüstungsexporten weltweit auf dem skandalösen vierten Rang. Kunden deutscher Waffenlieferungen sind diktatorische und kriegführende Staaten, darunter der türkische, der einen blutigen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung führt und völkerrechtswidrig in Nord-Syrien einmarschiert ist, um das demokratische, emanzipatorische Projekt in Rojava zu zerschlagen.

● **Die todbringenden Geschäfte der Waffenhändler und Kriegsprofiteure müssen unterbunden werden, ebenso die Lizenzvergabe und die Verlagerung von Rüstungsfirmen ins Ausland.**

Fluchtgründe beseitigen statt Flüchtende bekämpfen

Kriege, Klimawandel, bittere Armut, politische Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen treiben Millionen Menschen zur Flucht. Nur wenige von ihnen erhalten in Deutschland Asyl. Die Bundesregierung ist für die meisten dieser Fluchtgründe mitverantwortlich. Ungerechte Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, Sanktionen und Krieg zerstören die Lebensgrundlagen in den Ländern des Globalen Südens. Doch Deutschland und die EU schotten sich ab, treiben Flüchtende unter Missachtung der Menschenrechte illegal zurück, und lassen jedes Jahr Tausende im Mittelmeer ertrinken. Damit dürfen wir uns nicht abfinden.

● **Schluss mit der ausbeuterischen Wirtschaftspolitik, die Kriege, Armut und Flucht verursacht. Unsere Solidarität gehört den Flüchtenden, insbesondere denen, die vor den Kriegen fliehen, die mit deutschen Waffen geführt werden. – Flucht ist kein Verbrechen. – Kein Mensch ist illegal.**

Jugend braucht Perspektive – nicht Krieg

Die Friedensbewegung und fortschrittliche Jugendverbände protestieren seit Jahren gegen Perspektiv-